

Veranschauligungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag

19. April 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Dornbros-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Koalitionsende in Polen.

Austritt der Sozialisten aus der Regierungskoalition.

Warschau, 19. April. (WIB.) Die Versuche, innerhalb der Regierungskoalition zu einer Einigung über die Sanierung der Staatsfinanzen zu kommen, sind mißglückt. Die Beratung der Koalitionsparteien beim Sejmarschall Rataj in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Skrzynski wurden durch Vorlage eines neugefaßten Programms des Finanzminister Jzdechowski eröffnet. Der sozialdemokratische Einspruch gegen die Pläne Jzdechowskis, die von Nationaldemokraten, Christlichdemokraten und Piasten unterstützt werden, ließ sich jedoch nicht überwinden. Nach längerer fruchtloser Debatte erklärte der sozialistische Abg. Dajnycki, daß die sozialdemokratische Partei aus der Koalition austrete. Als Beweggrund für diesen Beschluß bezeichnete er nicht nur die Pläne Jzdechowskis, sondern auch die unbefriedigende Minderheitenpolitik der Regierung und ihre Haltung in der Frage der Rückkehr des Marschalls Pilsudski zum aktiven Heeresdienst. Mit dieser sozialdemokratischen Erklärung, die den tatsächlichen Ausbruch der Krise bedeutet, wurden die Beratungen geschlossen. Man erwartet den Austritt der Regierung.

Die polnischen Sozialisten (PPS.) sind im Herbst nur unter der Bedingung in die Koalition eingetreten, daß ihre Sanierungsvorschläge — darunter neben scharfer Einziehung der Vermögenssteuer auch starke Verminderung von Heer und Polizei — durchgeführt werden. Inzwischen hat sich die Wirtschaftslage weiter verschlechtert, auch der Notstand ist, trotz geringer vorübergehender Besserung, wieder gefallen. Die vielen blutigen Zusammenstöße demonstrierender, oder auch nur sich versammelnder Arbeitslosen mit der maffen-

gebrauchenden Polizei, die es fast täglich irgendwo in Polen gibt, sprechen berechtigt von der schweren Not breiter Massen.

Aus unseren Eigenberichten vom Warschauer Neujahrskongress der PPS. wissen die Leser, daß ein großer Teil der Partei ihre Teilnahme an der Koalition sehr entschieden bekämpfte. Damals erklärte die Parteileitung, nicht mehr allzulange auf die Annahme ihrer Forderungen warten zu wollen; sie hat das jetzt wahr gemacht.

Wenn aber Genosse Dajnycki auch die Minderheitenpolitik der Regierung als Grund für den Austritt der PPS. angeführt hat, so ist das ein neues hoch erfreuliches Bekenntnis der polnischen Sozialdemokratie zu ihrer Kongressforderung nach territorialer Selbstregierung der geschlossenen wohnenden Minderheitsvölker (Ukrainer und Weißrussen) und nach kultureller Autonomie der Deutschen. Vor einigen Wochen tagten in Lodz führende polnische und deutsche Genossen zusammen mit gutem Annäherungserfolg und soeben erst hat der deutsche Provinziallandtagsabgeordnete Genosse Buchwald-Ratowich den ostoberschlesischen Bezirksparteitag der PPS. begrüßt, ist herzlich empfangen worden und der Erfolg war die gegenseitige Versicherung der Gemeinsamkeit der Interessen und des Willens zur Verständigung und zum gemeinsamen Kampf.

Die Wiedereinstellung des Marschalls Pilsudski in den aktiven Heeresdienst endlich wird von der PPS. daher gefordert, weil Pilsudski ein unbedingter und linksstehender Republikaner ist, während anderen hohen Generälen faschistische Sympathien und gegebenenfalls auch Putschgeneigtheit nicht in demselben Maße abgesprochen werden kann.

Das kostbarste Gut.

Reichsgesundheitswoche und Sozialpolitik.

In diesen Tagen steht Deutschland im Zeichen der Reichsgesundheitswoche. Alle Mittel der Aufklärung und Belehrung werden in Anspruch genommen, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die Wichtigkeit der Gesunderhaltung hinzulenken, die Aufklärung in Gesundheitsfragen zu vertiefen und das persönliche Verantwortungsgefühl jedes einzelnen gegenüber seinen gesundheitlichen Pflichten zu stärken.

Es ist kein Zufall, daß der Gedanke eines derartigen systematischen Aufklärungswerkes von den Spitzenverbänden der Krankenkassen ausgegangen ist. Schon früh hat bei ihnen die Auffassung Boden gewonnen, daß Schaden verhüten besser ist als Schaden vergüten. Daß bei der Verwirklichung dieses Zieltes auch dem einzelnen eine wichtige Aufgabe zufällt, kann nicht bestritten werden. Es ist deshalb nichts Ueberraschendes, daß der Gedanke der Reichsgesundheitswoche von links bis rechts Zustimmung gefunden hat. Der Reichstag hat einmütig Mittel zu seiner Durchführung bewilligt; Reich, Länder und Gemeinden stellen sich in den Dienst der Sache, das gleiche gilt von der Presse, den Gewerkschaften, den Sozialversicherungsträgern, den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, der Ärzteschaft usw.

Diese Einheitsfront kann und darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß über Mittel und Wege zur Erreichung des aufgestellten Zieltes keine volle Einmütigkeit besteht. Und doch ist die Frage nach den Ursachen des schlechten Gesundheitszustandes das Entscheidende. Aus der Erkenntnis des Zusammenhanges ergeben sich erst die richtigen Mittel und Wege zur Überwindung dieses grauenhaften Notstandes.

Die zu stellende Frage rührt an die Grundfragen unserer Wirtschaftsverfassung, vereint in einem Brennpunkt Sinn und Ziel aller Sozialpolitik.

Der Reichstagsminister Dr. Luther äußert sich zur Reichsgesundheitswoche mit einem etwas veränderten Zitat aus der Reichsverfassung, wonach jeder Deutsche die sittliche Pflicht hat, seine körperlichen und geistigen Kräfte so auszubilden und zu betätigen, wie es dem Wohle der Gesamtheit dient. Er fügt hinzu, daß die Reichsgesundheitswoche dazu beitragen möge, das Verantwortungsgefühl des einzelnen sich selbst und der Gesamtheit gegenüber zu stärken, damit die in den schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren geschwächten Kräfte unseres Volkes sich wieder zu voller Leistungsfähigkeit entwickeln.

Wenn sein Kollege Dr. Brauns, der Reichsarbeitsminister, demgegenüber erklärt, daß Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft eine wichtige Aufgabe der Sozialpolitik ist, neue Gesetze den Schutz dieser Lebensgüter verhängen, den einzelnen aber nicht von der Pflicht der Selbstverantwortung und der eigenen Vorsorge befreien, so ist das eine Unterscheidung in der Formulierung, nicht aber im Prinzip.

Die Selbstverantwortung ist eines jener Schlagworte, die zur Entlastung der sozialen Verantwortung des Staates dienen. Gerade in der Reichsgesundheitswoche ist es jedoch notwendig, diese soziale Verantwortung mit aller Deutlichkeit herauszustellen. Wird doch erst dann der Sinn der Reichsgesundheitswoche in vollem Umfange sichtbar.

Das Ganze gipfelt in jenem Artikel 151 der Reichsverfassung, der fordert, daß die Ordnung des Wirtschaftslebens den Grundfäden der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen muß. Erst unter solchen allgemeinen Lebensbedingungen gewinnt die Selbstverantwortung Sinn und Bedeutung. Deshalb müssen wir uns mit allem Nachdruck dagegen wenden, wenn auch bei dieser Gelegenheit die Schäden, die ihre tiefste Ursache in den kapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen haben, durch individuelle Selbsthilfe für beherrschbar erklärt werden. Die individuelle Selbsthilfe vermag unter schlechten Lebensbedingungen fast nichts auszurichten, sind diese doch immer die Ursache, daß der Arbeiter und Angestellte in seiner Berufsausübung die Gefahren mißachtet, um sein schmales Einkommen aufzubessern. Dieser Zusammenhang, um nur ein Beispiel zu erwähnen, ist noch immer bei jeder Bergwerkskatastrophe nachgewiesen worden.

Aber nicht nur hier erweist sich die individuelle Selbsthilfe als eine reaktionäre Ausflucht vor der sozialen Verantwortung des Staates. Die Doppelzüngigkeit einer solchen Befinnung tritt besonders stark in die Erscheinung, wo es gilt, zur organisierten Selbsthilfe Stellung zu nehmen. Als eine solche ist die Sozialversicherung anzuspochen. Ihr Ausbau stößt auf den heftigsten Widerstand jener Kreise, die immer das Wort Selbsthilfe im Munde führen. Das tritt gegenwärtig besonders deutlich bei den Auseinandersetzungen über die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung in die Erscheinung. Niemand kann ernsthaft behaupten, daß gegenüber einer solchen gesellschaftlichen Erscheinung, wie die Arbeitslosigkeit, die eng mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verbunden ist, persönliche Selbsthilfe etwas ausrichten kann. Und doch soll nach Meinung der Unternehmer der Arbeitslose nur im Falle der Bedürftigkeit, wenn also ein besonderer Notstand vorliegt, Anspruch auf Unterstützung haben. Andererseits wird von allen Sachkennern immer wieder darauf hingewiesen, daß Zeiten der Arbeitslosigkeit eng verbunden sind mit besonderen gesundheitlichen Schäden für

Die Verhandlungen mit Rußland.

Erklärungen Stresemanns.

Stuttgart, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Reichsaußenminister Dr. Stresemann sprach hier auf der Jahrestagung der Deutschen Volkspartei Büttnerbergs auch über die deutsch-russischen Verhandlungen. Darüber sagte er:

„Es ist für mich sehr schwer, über Vertragsverhandlungen zu sprechen, die noch in der Schwebe sind. Der Vorwurf, daß die deutsche Regierung über diese Vertragsverhandlungen die ausländische Presse zuerst informiert hätte, ist vollständig abwegig. Eine solche Information ist selbstverständlich nicht erfolgt, wohl aber eine Information der Mächte, die mit uns den Rheinpakt geschlossen haben. Wir hielten es für richtig,

diejenigen, mit denen wir uns über alle außenpolitischen Grundfragen geeinigt haben,

auch über diese Verhandlungen auf dem laufenden zu halten, ein System, dessen Gegenseitigkeit sich durchaus empfehlen würde. Wer die Vertragsverhandlungen mit Rußland als eine Abkehr von der Locarnopolitik ansieht, verkann den Grundgedanken dieser Politik. Die Verträge von Locarno bezwecken die Friedenssicherung in Europa. Sie hatten keinen aggressiven Charakter gegen irgendeine Macht. Wenn die russische Psychologie lange darauf eingestellt war, in den Verträgen von Locarno eine Art Vorbereitung zum Kreuzzug gegen Rußland zu sehen, so darf ich darauf hinweisen, daß diese Auffassung bei den Aussprachen in Locarno von Chamberlain, Briand und Vandervelde ebenso zurückgewiesen worden ist, wie von uns. Wenn Deutschland mit Rußland Vertragsverhandlungen führt, die für beide Mächte darauf hinausgehen, sich einer aggressiven Handlung gegen einen der beiden Staaten nicht anzuschließen, und im übrigen in wirtschaftlich freundschaftlichen und beiderseits vorteilhaften Verhältnissen zu bleiben, so ist das ein Grundgedanke, den auch andere Staaten ihrem Verhältnis zu Rußland zugrunde gelegt haben. Es kann für uns nicht entscheidend sein, welche innerpolitische Verfassung in Rußland besteht. Wir haben nur das allgemeine deutsche Interesse zu wahren, um Deutschland Zeit für eine ruhige Entwicklung nach innen und außen zu geben. Wenn die Verträge mit Rußland zum Abschluß kommen, so werden sie die natürliche Ergänzung zu Locarno sein und diesen obersten Grundgedanken der deutschen Politik erneut zum Ausdruck bringen.

Der Minister hatte einleitend noch gesagt: „Ich lege großes Gewicht auf die Betonung der Tatsache, daß nach Auffassung der am Rheinpakt beteiligten Mächte die Lage Deutschlands so aussieht, als ob Deutschland dem Völkerbund bereits angehöre und die. Ich lege hierauf deshalb größtes Gewicht, weil mir in einem Telegramm Briands die Reduktion der Befehlstruppen fest zugesagt

worden ist für den Zeitpunkt, in dem Deutschland in den Völkerbund eintritt. Ohne unsere Schuld ist dieser Zeitpunkt hinausgeschoben worden und deshalb darf das Wort Briands von der moralisch bereits erfolgten Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund keine Phrase sein.“

Gegen die Deutschnationalen richtete sich besonders folgende Stelle seiner Rede:

„Eine positive Kritik sei den Regierungsparteien nur ermünscht. Es dürfte aber keine große Partei in Deutschland geben, die Ver-

sprechungen mache, die sie im gegebenen Falle nicht zu halten vermöchte. Auch könne eine solche Partei

solange nicht in die Regierung eintreten, als sie abgeschlossene Verträge für rechtsungültig erkläre.

Die geschichtliche Bedeutung der Jahre 1919 bis 1926 sei für Deutschland die Konsolidierung der inneren und äußeren Verhältnisse. Das sei eine

wahrhaft nationale Tat gewesen, Demäßigungen auf sich zu nehmen, um aus dem Schlimmsten herauszukommen.

Daß die französische Rheinlandpolitik einen völligen Umschwung erfahren habe, sei ein bedeutames Stück deutscher Geschichte. Mit dem Erönen der Freiheitsknoten in Köln sei ein Stück französischer Rheinpolitik zu Ende gegangen. Wenn es auch für die Zukunft an Rückschlüssen und Enttäuschungen nicht fehlen werde, so habe man doch das befristete Bewußtsein für die Beschlechter nach uns, etwas Besseres als das Gegenwärtige schaffen zu helfen.“

Den Wünschen der Westmächte Erfüllung zugesagt.

London, 18. April. (Til.) Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, betrachtet man die Zusicherungen der deutschen Regierung an England und Frankreich als sehr bedeutungsvoll, denn darin werde erklärt, daß die wichtigsten Klauseln des neuen Vertrages den Vorstellungen der Westmächte Rechnung tragen würden. Die Erklärungen seien in dieser Hinsicht völlig befriedigend und auch die Neutralitätsklausel werde so vorichtig abgefaßt sein, daß sich keinerlei Konflikte zwischen Deutschlands künftigen Völkerbundverpflichtungen oder seinen Pflichten aus den Locarnoverträgen und dem neuen Vertrage ergeben würden.

Der Stand der Vertragsverhandlungen.

Paris, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Der „Petit Parisien“ meldet aus Berlin, daß der deutsch-russische Vertrag bis auf die Neutralitätsklausel, die einen Paragraphen umfassen soll, fertiggestellt sei. Das Blatt weist, wie auch polnische und tschechische Blätter, auf die zweideutige Auslegung der Deutschland in Locarno gegebenen Erklärungen über den § 16 der Völkerbundakte hin.

Kursrückgänge auf der ganzen Linie!

Die wenig günstige Entwicklung der Freigabeangelegenheit kam an der heutigen Börse sehr überraschend. Sie verurteilte einen unerfreulichen Eindruck. Die Berliner Kurse in Schiffahrtsaktien waren zwar nicht so erheblich gewesen, um so größer aber die von Hamburg und Bremen, die denn auch sehr scharfe Realisationen vornahmen. Hapag und Nord gaben in der ersten Stunde bis 12 Prozent nach. Ebenso gingen alle anderen Werte, die mit der Freigabeangelegenheit in Zusammenhang gebracht wurden, zurück, z. B. Stör um 9 1/2 Proz. Das einzige befestigte Papier an der heutigen Börse war Schultheiß. Montanaktien gaben teilweise bis 5 Proz. nach, Kollathien bis 2 Proz., Farben bis 3 Proz., Chemische Fabrik Heyden jedoch sogar 10 1/2 Proz. Auch Elektroaktien durchweg matt, ebenso Waggon- und Autowerte wie die anderen Industrierapiere.

die Betroffenen. Es entspricht deshalb durchaus dem Zweck und Sinn der Reichsgesundheitswoche, wenn ihre Träger mit besonderer Eindränglichkeit die Forderung nach einer ausreichenden Fürsorge für die Erwerbslosen erheben.

Im engsten Zusammenhange steht damit die Forderung nach einem Ausbau der gesamten Sozialversicherung. Massenarbeitslosigkeit kann insbesondere auf die Krankenversicherung nicht ohne Rückwirkung bleiben. Nicht nur, weil der Arbeitslose infolge unzureichender Lebenshaltung widerstandsfähiger und damit krankheitsanfälliger wird; der ungeheure Druck der Arbeitslosigkeit auf den Arbeitsmarkt ist gleichzeitig eine ständige Bedrohung des Lebensniveaus der noch Tätigen. Lohn- und Gehaltskürzungen sind deshalb häufige Begleiterscheinungen. Das bedeutet aber gleichzeitig eine Schwächung der Gesundheit und damit vermehrte Krankheitsanfälligkeit. Aus beiden Gründen ergibt sich eine stärkere Inanspruchnahme der Krankenkassen und die Notwendigkeit erhöhter Beitragsbelastung. Geht es, dann erhebt sich sofort das Geschrei über die unerträgliche Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung. Die weitere Folge ist, daß für die Pflichtenleistungen der Krankenversicherung, d. h. die Schadenersatzleistung, fast alle Mittel aufgebraucht werden und für die großen sozialhygienischen Aufgaben vorbeugender Art keine genügenden Mittel vorhanden sind.

Das Schlagwort von der „untragbaren“ wirtschaftlichen Belastung kehrt regelmäßig wieder, wenn die Forderung nach einem Ausbau der Sozialpolitik erhoben wird. Der so oft prophezeigte Ruin ist nie eingetreten, wird auch niemals eintreten, weil alle Sozialpolitik gleichzeitig Qualitätssteigerung des wichtigsten Produktionsfaktors Arbeitskraft ist. So unbefreitbar jener Satz des Wiener Soziallogen Rudolf Goldscheid ist, daß die Kultur einer Zeit das Produkt gesellschaftlicher Hirnleistung ist, so unbefreitbar hängt der Reichtum jedes Landes in stets wachsendem Maße von der qualitativen Reife und quantitativen Höhe der Bevölkerung ab.

In der Reichsgesundheitswoche muß der Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht werden, worauf Rudolf Goldscheid vor mehr als einem Jahrzehnt in seiner Grundlegung der Sozialbiologie mit den Worten hinwies:

Stellt man erst zusammen, was die zahllosen Gewerbestreitigkeiten, was die vorzeitige Erschöpfung der Arbeitskräfte, was die unhygienische Frauenarbeit, was die billige Kinderarbeit, was die ungenügende Schulbildung, die hohe Säuglingssterblichkeit, die Fehlfeld- und Todesurteile, was die großen Volkskrankheiten, wie Tuberkulose und Syphilis, was der Alkoholismus und die Prostitution die Gesellschaft direkt und namentlich indirekt kosten, und legt daneben, was jene raubbauartige Ausnutzung, die die Produktionsgrenze gewollt so überspannen sucht, der Gesellschaft einträgt, so muß man sofort einsehen: Wir wirtschaften in höchstem Maße und ökonomisch, wir schwebeln in Scheinproduktivität und bezahlen diesen falschen Schein äußerst teuer.

Umfassende Gesundheitsfürsorge erfordert deshalb Ausbau der Sozialpolitik. Achtstundentags- Sonntagsruhe, Urlaub, eine leistungsfähige Sozialversicherung für alle Wechselfälle des Lebens, gesunde Wohnungen, ausreichende Löhne und Gehälter sind die Voraussetzungen für die Volksgesundheit. Das mit allem Nachdruck zu betonen und zum Kampfe dafür aufzurufen, muß gerade auch die Reichsgesundheitswoche Anlaß sein.

Plädoyers im Asmus-Prozess.

Politische Ausfälle des Anklagevertreters.

Chemnitz, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Reunter Verhandlungstag. Oberstaatsanwalt Weber betont in seiner Replik, feststellen zu müssen, daß Dr. Levi ihm Objektivität bezeugt habe. In Wirklichkeit hat Dr. Levi das genaue Gegenteil gesagt und auch der Unachtsamkeit und den ironisch gehaltenen Argumenten des Anklagevertreters eine zwar feine, aber von Dr. Weber wohlverstandene Abwehr erteilt. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen

gab Dr. Weber zu, daß ihm in seiner Anklagerede verschiedene Irrtümer unterlaufen seien. Das läge aber an der schnellen Art, in der er zu sprechen gezwungen war. Dabei hätte er die einzelnen Worte nicht auf die Goldwaage legen können.

Rechtsanwalt Dr. Wisla polemisierte gegen die politischen Ausfälle des Anklagevertreters.

Dann erhielt Oberstaatsanwalt Asmus das Schlußwort. Er stellte verschiedene falsche Darlegungen richtig und wies im besonderen darauf hin, wie das Verfahren gegen ihn zustande kam.

Gefellers Denunziation.

Eine Erklärung des Senatspräsidenten Freymuth.

Senatspräsident Genosse A. Freymuth äußert sich jetzt persönlich zu der geheimen Anzeige des Reichswehrministers Gefeller, deren Ziel es war, Freymuth in ein Landesverratsverfahren zu verwickeln. Er führt aus:

Zunächst erfolgte auf meinen Vortrag vom 6. Mai 1925 nichts. Mitte Mai 1925 wurde durch Vermittlung der Deutschen Liga für Menschenrechte, zu deren Vorstand ich gehöre, die Broschüre „Deutschlands geheime Rüstungen“ den Reichsministern, den Reichstagsabgeordneten usw. überreicht. Es erhob sich in der Reichspressse über diese Broschüre ein großes Geschrei wegen „Landesverrats“. In der öffentlichen Sitzung des Reichstags vom 28. Mai 1925 erklärte der Reichswehrminister Gefeller, die Broschüre sei kein Landesverrat. Er sagte hinzu, sie sei aber ein „ungeheurer Schaden“ für Deutschland. Eine von mir dieserhalb am 4. Juni 1925 erbetene persönliche Rücksprache schlug der Reichswehrminister ab. Statt dessen erfolgte unter dem 11. Juni 1925 die erwähnte Anzeige gegen mich — zunächst beschränkt auf meine Rede vom 6. Mai 1925, ohne die Broschüre zu erwähnen. Dann erfolgte noch ein weiteres Schreiben des Reichswehrministers an das Justizministerium (18. Juli 1925). In diesem Schreiben geht er auch auf die erwähnte Broschüre ein — die er unrichtigerweise als von mir verfaßt bezeichnet, obwohl ich nicht ein Wort darin verfaßt habe — und erklärt, „bei der Würdigung des Verhaltens des Senatspräsidenten Freymuth kann es m. E. entscheidend gar nicht darauf ankommen, ob tatsächlich ein Schaden für das Reich bereits entstanden ist, sondern nur darauf, ob der Umstand, daß ein höherer Beamter des Staates es unternimmt, der deutschfeindlichen Propaganda des Auslandes gegen sein eigenes Vaterland verwertbares Material zugänglich zu machen, mit den außerdienstlichen Pflichten seiner amtlichen Stellung vereinbar ist.“ Dies letztere ist ein deutlicher Hinweis auf das Disziplinargesetz (außerdienstliche Pflichten des Beamten). Ich äußerte mich dann dem Kammergerichtspräsidenten gegenüber (schriftlich). Monatslang hörte ich nichts von der Sache. Unter dem 10. November 1925 erhielt ich dann ein vom 7. November 1925 datiertes Schreiben des Kammergerichtspräsidenten — inzwischen hatte der böhmische Abgeordnete Rube gegen mich und die Verfasser jener Broschüre den Strafantrag wegen Landesverrats gerichtet, die Oberreichsanwaltschaft hat aber das Verfahren eingestellt, anscheinend auf Grund des Reichsnestgesetzes vom 17. August 1925. In dem Schreiben vom 7. November 1925 erklärte der Kammergerichtspräsident, er müsse mich um die Abgabe weiterer Erklärungen bezüglich der Broschüre und meiner Rede vom 6. Mai 1925 ersuchen, „nachdem der große Disziplinargesetz das Vorgehen gegen mich einmündlich einmündlich gemacht hat, daß die Einstellung eines Strafverfahrens gegen einen Beamten auf Grund des Reichsgesetzes vom 17. August 1925 der Prüfung des dem Strafverfahren zugrunde liegenden Tatbestandes in disziplinarer Hinsicht nicht entgegensteht“. Inzwischen hatte ich mich aber schon darüber schlüssig gemacht, auf Grund meines Gesundheitszustandes meine Verlehung in den Ruhestand zu beantragen.

Genosse Freymuth, der dem Reichswehrminister leichtfertiges und pflichtwidriges Verhalten vorwirft, fügt hinzu, daß das Vorgehen Gefellers in den Kreisen seiner eigenen Partei erhebliches Mißfallen erregt habe. Der Reichswehrminister habe daraufhin versucht, eine ihm angenehm erscheinende Darstellung in die Presse zu lancieren, sein Schritt habe jedoch keinen Erfolg gehabt.

Die Arbeit der Jugend.

Reichskonferenz der sozialistischen Arbeiterjugend.

Wie schon am Sonntag kurz gemeldet, wurde auf der Reichskonferenz des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend, die am 17. und 18. April in Hildesheim tagte, vom Hauptvorstand der Geschäftsbericht über die Jahre 1924 und 1925 erstattet.

Als erster Redner sprach der Hauptkassierer Genosse August Abrecht: Das Jahr 1924 begann sehr verheißungsvoll. Die großen Hoffnungen auf einen Ausbruch wurden jedoch enttäuscht durch die steigende Erwerbslosigkeit. Trotzdem die Werbung Anfangs gute Erfolge zeigte, wurde der Abgang durch Arbeitslosigkeit und durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise härter und härter, so daß mit einem Mitgliederverlust abgeschlossen werden mußte. Die Organisation zählt jetzt 96 000 Mitglieder. Die Abzweigungen der „Arbeiterjugend“ und des „Führers“ sind nicht in sehr starkem Maße zurückgegangen. Wesentliche Kräfte und Mittel des Verbandes sind in der Reichszeit für die Funktionärschulung aufgewandt worden. Es gelang zu Ostern 1926 etwa 25 bis 30 Prozent neuer Mitglieder zu gewinnen. Das Reichsfestort in Tannich (Friedrich-Heim) hat die Erwartungen erfüllt, die bei seiner Eröffnung vor zwei Jahren gehegt wurden. Der Jugentag in Hamburg war ein voller Erfolg. In einzelne besonders notleidende Bezirke an der Ostgrenze konnte von der Zentrale Unterstützung gegeben werden. Besondere Schwierigkeiten zeigten sich in den Bezirken Halle-Mecklenburg und Rassel. Unter einem Ausnahmegebot leben die Arbeiterjugendvereine in Bayern. Dort dürften Fortbildungsschüler an Vorkursarbeiten der Arbeiterjugend nicht teilnehmen. Die Zusammenarbeit mit dem bezugten Gebiet war immer gut. Sehr gut war auch die Zusammenarbeit des Hauptvorstandes mit der Reichsregierung und der Landesregierung in Preußen. Die finanzielle Lage des Hauptvorstandes ist nicht glänzend. Durch Neuregelung des Beitragswesens soll eine bessere Finanzierung ermöglicht werden. Der Arbeiterjugendverlag brachte bisher 115 eigene Verlangsschriften heraus, er verlegt außerdem 4 Zeitschriften.

Als zweiter Redner zum Geschäftsbericht sprach Genosse Erich Othenauer: Die Bildungsarbeit des Verbandes hatte gute Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der besprechenden Vorkursarbeiten ist beträchtlich gestiegen. Zu diesem Erfolge hat sicher die zentrale Zusammenfassung der Bezirksleitungen in Kursen und Ausdrucksarbeiten beigetragen. Die „Arbeiterjugend“ ist für viele Ortsvereine das einzige Bindeglied zur Organisation, aber auch die einzige Bildungsmöglichkeit. Der Hauptvorstand hat bisher eine Erhöhung der Altersgrenze immer abgelehnt, jetzt beantragt jedoch Hauptvorstand und Reichsausschuss, daß die Grenze auf 20 Jahre festgesetzt wird, da sich die Jungsozialistenbewegung für unsere älteren Mitglieder nicht aufnahmefähig gezeigt hat. Die Arbeiterjugendbewegung will sich damit zwei weitere Jahre länger für die Erziehungsarbeit erhalten, um sie der politischen Organisation zuzuführen. Sehr zu bedauern und gefährlich ist die Zersplitterung der sozialistischen Jugendarbeit in allerlei Organisationen. Am meisten bedauern wir die Bildung von Jugendabteilungen im „Reichsbanner“, weil wir dieser Organisation die Berechtigung zur Jugendarbeit an Jugendlichen bis Achtzehnjährigen absprechen müssen. Eine umfangreiche Aufgabe hätte der Verband im Ausbau der deutschen Jugendverbände. Die dort in der Frage des Jugendschutzes auf unsere Veranlassung gefassten Entschlüsse fanden die vollste Unterstützung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion! Sie hat die Forderungen als Antrag im Reichstag eingebracht. Dort werden sie wahrscheinlich nächsten in einem Austausch zur Beratung kommen. Doch diese Arbeit nötig war, bemerkt der im Reichsarbeitsministerium entstandene Arbeitszeileichenwurf, der für Jugendliche bis zu 60 Stunden Arbeitszeit in der Woche gestattet wird. Eine wichtige Aufgabe wird in der nächsten Zeit auch die Fürsorge für die erwerbslose Jugend sein. Die Hildesheimer Konferenz ist die erste, die nicht unter dem Druck katastrophaler politischer Ereignisse steht. Wir stecken uns neue Ziele und Aufgaben. Es gilt, aus der zu uns strömenden Nachkriegsjugend aufrechte und starke Menschen zu formen, ihr den nötigen Kampfmut und Schwung zu verleihen, der sie befähigt, in Hingabe und Begeisterung dem Sozialismus zu dienen. In diesem Sinne müssen wir Durchgangssituation zur Sozialdemokratischen Partei sein, in diesem Sinne die kommende Generation schaffen!

Dem Geschäftsbericht folgte eine sehr lebhaft

Aussprache.

Es wurde vor allem die Erhöhung der Altersgrenze besprochen.

Opern-Frühling.

Von Kurt Singer.

Besser: Frühlingsoper. Denn daß die Kunst der Oper gerade Knospen treibe, darf keiner lähnen behaupten. Im Gegenteil: Das Repertoire der drei Berliner Opernhäuser liegt doch wohl im Winterschlaf. Der eine, einzige „Wozzeck“ kann das nicht gutmachen. Nur natürlich, daß sich die drei-Köppe-Intendanten der Staatoper auf drei Köpfe besinnen, die einem Wagner-„Jullius“ festliches Gepräge geben sollen. Festlich? Was beiläufig in allen Ecken und Enden unternimmt sich mit den angestammten Kunststücken, ohne Gäste, aus. Die Interellengemeinschaft der Opernhäuser könnte es, gerade am Ende der Saison, ermöglichen, daß man auch unter den Linden und bei Kroll einmal in Wagnerschem Wert die Wildbrunn, die Stückgold, Schipper hören könnte. Wie oft läßt andere Regie, andere Direktion, andere Musik unsere großen Sänger als andere erleben! Allerdings: an das Problem der Wagner-Regie wird in Berlin kaum gedacht. Da müßte, etwa im „Tannhäuser“, der Regisseur Holz so ungeföhrt alles um- und umgestalten, er müßte von einer Idee der marionettenhaften Steifheit fort zu einer lebhaften, zündenden, menschlichen Bewegung drängen, er müßte Figuren der Chöre entweder unsichtbar lassen oder verlebendigen. Mit dem Mantelwurf und mit dem Paradeschritt, mit dem gemessenen Abstand und dem Schwertgerassel ist es nicht mehr getan. Auch dürften Taktlosigkeit, wie das Streiten der Minnesänger an der Kampfe, den Können gegen Elisabeth und den Landgrafen gewandt, nicht mehr ungestraft durchgehen. Sieht Kleiber das nicht? Er ist gewiß kein Wagner-Interpret, und Nuß, der Siegel-nachmahr Bagrutus, dürfte sich die letzten Haare ausgerissen haben. Welche Haß, welche Ungleichheit, welche eine ungeordnete Balancierung der Tempi! Aber er hat Feuer und Inbrunst, er hat Rhythmus, der dem Aufbau eines Finals zugute, dem geraden Marsch der Gäste zuschleudert. Ein „capella“-Stück der Solisten in der Grenze von 20 Takten dirigiert auch er in Birtelton-Lauscherkeit hinein. Dieser Mittelakt immerhin gewinnt unter seiner Glut. Tannhäuser erscheint wie der einzige Mann unter Remmen, der einzig normal Empfindende unter Verzerrten. Die ganze Aktion, zwischen Eros und Seros gelagert, verliert für heutige an Sinn. Venus oder Elisabeth — das war der Schlachtruf von damals. Eine elisabethische Venus wäre doch als Lösung denkbar, ohne Fluch, ohne Popt, ohne Rom. Frig Soot stützt die Aufführung am stärksten. Kein blendender Tenor, aber ein denkender, ein der im Aufbruch und in der Dämpfung seiner Gefühle Menschliches zeigt. Die Marhett-Wagner liebenswürdig in der Zartheit und Keuschheit ihrer Bitte um das Leben Tannhäusers, gesunglich nicht vom Format der Großen.

In der Sidiischen Oper stellte man für die mexikanischen Gäste ein paar Kanonen auf die Bühne gelegentlich einer Aufführung der Razzischen „Entführung“. Wenn auch die letzte Ebeneheit der Razzischen nicht erreicht wurde, so blieb doch Gesangliche doch bei der Joogün, Schöne, Erb, das Spiel-Leichte und Frohe bei Randl und Reif vorherrschend und Stimmung schaffend. Besonders Erb war in der Igrischen Weichheit seines Tenors ein blendender Zuwachs. Walter dirigierte. Er dirigiert jetzt fast täglich. Wird er aus

London nach Berlin oder nach Wien zurückkehren? Wann wird er sein Herz offenbaren? Hat der „Schall“ ihn schon in der Tasche, oder er den Schall im Nacken? Intendantenfrage beim Staat, Kapellmeisterfrage in der Stadt — Opernfrühling!

Im „Maskendall“ von Verdi, der herrlichsten, foderndsten, singendsten Oper des Meisters, gastiert Rehtemper. Sein Spiel ist durchdacht, vornehm, gemessen bis zum Moment des Kalens. Auch dann bleibt er noch Edelmann, und die berühmte Arie gibt er so heftig, dabei so herb und klar, wie selbst seine italienischen Kollegen es nicht können. Die Raftino als Amelina noch nicht von allerletzter Freiheit und Gelosigkeit, aber inbrünstig, dramatisch lebendig. Die Dilgewka oder, Urtia ohne schwarzen Teint, führt ihre große Szene als ein wahrer Theaterdämon durch. Herrlich dieses Gesamtspiel von Arm, Körper, Mimik und töndendem Gesang!

Ein vorbildliches Volkskonzert. Das Volksbildungsamt Neubölln hatte für das Mittagskonzert, das es am Sonntag in der „Neuen Welt“, in der Holsenbude, veranstaltete, sich keinen Geringeren als Erich Kleiber mit der gesamten Staatskapelle verschrieben. Der Erfolg des Konzerts zeigte, daß das Experiment nicht nur gewagt werden durfte, sondern daß es sogar gut und angemessen sein wird, es in entsprechenden Abständen zu wiederholen. Trotz des für eine Arbeiterfamilie nicht eben billigen Eintrittspreises von 1,50 M. war der große, altzeitlich überaus überaus günstige Saal gefüllt, und mehr Andacht und Beifall als hier hat Kleiber in der Staatsoper oder in der Philharmonie sicher auch nie gefunden. Daß an einem Tisch geracht wurde, ist schließlich nicht schlimmer als das Pralinenabbern in jenen anderen Konzerten, und es wäre zu wünschen, daß überall die anderen Hörer so wahrhaft wären und die sich ungefiltert Betrogenen in der Pause herauskomplimentierten. Kleiber brachte in etwas seltsamer Aufeinanderfolge Strauß „Don Juan“, Beethovens Siebente Sinfonie und die Tannhäuser-Ouvertüre zu Gehör. Aber jedes einzelne Werk war so von seiner urmusikalischen Persönlichkeit erfüllt und erfüllt, daß man ihn diesen Eigenwillen gern verzieht. Mit Kleibers Beethoven-Interpretation muß man sich abfinden. Erstaunlich war es, wie sie den Saal packte. Das gibt zu denken. Wir „modernisieren“ ja auch die Klassiker der Dichtkunst. Ist es da wirklich so arge Ketzerei, die Klassiker der Tonkunst auch nur modern zu nuancieren, macht es nicht vielleicht ihren Ewigkeitsswert nur deutlicher und dem Eintagsmensch fühlbarer? Wer diesen musterfüllen Menschen gelte am Dirigentenpult sich und seinen Kontakt mit den Hörern spürte, müßte ihm Recht geben. Les.

Ein neuer Urweltjaureier im Museum für Naturkunde. Aus der Ausgabe der in den Jahren 1909 bis 1912 vom Berliner geologisch-paläontologischen Institut in Deutsch-Diakofra ausgeführten Tendaguru-Expedition ist jetzt ein neues Saurierfossil im Vorkurs des Museums für Naturkunde aufgestellt worden. Dieser Dinosaurier mit dem wissenschaftlichen Namen Gypsosaurus ist ein Vertreter der nur auf den Hinterbeinen laufenden Raubdinosaurier, die in einer Jahrmillionen zurückliegenden Periode in der Tierwelt dieselbe Rolle spielten, wie heute die großen Raubtiere. Das Skelett zeigt das langschwänzige, hochbeinige, äußerst leichtgebaute

und im Leben offenbar überaus schnelle Tier in der Stellung eiligen Lautes. Den bisher fertig gewordenen zwei Saurierfossilien aus Deutsch-Diakofra sollen nun in der Aufstellung die gewaltigen Riefensaurier folgen, durch die die Fundstätte am Tendaguruberge so berühmt geworden ist.

„Kunsthändlerstück“ von Böcklin und Feuerbach. Der Jubel ist noch in Erinnerung, mit dem zunächst die Nachricht begrüßt wurde, daß eine Anzahl von bisher unbekanntem „römischen Landschaften“ entdeckt worden sei. Seitdem dieser überraschende Fund aber in der Schweiz ausgestellt wurde, ist eine starke Ernüchterung eingetreten, und man sieht der Echtheit dieser Werke recht skeptisch gegenüber. Es handelt sich augenscheinlich bei diesen Bildern wie auch bei neu aufgetauchten Werken Feuerbachs um Arbeiten, die — wenn sie echt sind — doch nichts zur Erhöhung des Ruhms der großen Meister beitragen. Die Zuschrift eines Sachverständigen an die Kunstzeitschrift „Der Cicero“ gibt dieser abfälligen Beurteilung Ausdruck und verjagt zugleich eine Erklärung dafür, daß Böcklin überhaupt solch unbedeutende Arbeiten geliefert. „Ist nicht des Rätsels Lösung“, heißt es da, „in jener Notiz gegeben, die man in der Böcklin-Monographie von Ostini findet, die ja auf Aufzeichnungen des Künstlers selbst oder seiner Angehörigen fußt und die folgendes sagt: Böcklin befand sich im Jahre 1851 in einer so verzeuften Lage, daß er — für einen industriellen Amerikaner nach einer neuen Erfindung Ansichten nach Photographien malte, doch er „Kunsthändlerstück“ verfertigte. Er hat seinen Stolz freilich bald wiedergefunden. Danach sind die Bilder also von der Hand des Meisters. Ob es aber Böcklin je gewünscht hätte, daß diese Bilder neben seinen unsterblichen Werken Aufnahme in den Galerien finden, ist eine andere Frage, die man noch seiner eigenen Einschuldigung solcher Jugendtendenzen wohl vernennen darf. Wenn es sich aber so verhält, dann ist es unbegründet, daß die Museen solche Bilder überhaupt erworben haben. Es hat den Anschein, als ob eben jetzt ein ähnliches Attentat auf den Namen Feuerbach bevorsteht. In Paris nämlich hat man kürzlich bei einer Portierfrau eine Wapp mit Stützen und Dendriten gefunden, die Feuerbach einmal dort liegen gelassen hätte. Diese zum Teil mehr als zweifelhaften Atelierreste werden jetzt sämtlich als Frühwerke des Meisters ausgegeben, um auch in Deutschland als große Entdeckung vorgestellt zu werden.“ Nach der Ansicht dieses Kenners ist den meisten Stücken der Sammlung gegenüber mehr oder weniger Zweifel beizusetzen, und auch wo es sich um eigenhändige Studien Feuerbachs handelt, sind es „nötig belanglose Stücke“, mit deren Aufführung dem Andenken dieses Meisters gewiß kein Gefallen geschehen ist.

Die „Gesellschaft für Theatergeschichte“ hält am 25. vom 11 Uhr, im Theaterwissenschaftlichen Institut an der Universität Berlin (Reiser-Frang-Post-Bldg. Kulogebäude) ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Um 12 Uhr findet ein Vortrag von Prof. Dr. Georg Wilhelm (Leipzig) statt über: „Reinhardtium und Bühnenkunst in der Gegenwart“. Zu dem Vortrag haben Götze Zutritt, wenn sie durch den Schriftführer der Gesellschaft (Dr. Knudsen, Steglitz, Wilhelmsstr. 5) eingeladen sind.

Leber „Transport und Lebensfähigkeit“ (Irrlicht) am 21. abends 8 Uhr, im Herrenhaus, Leipziger Str. 3, Ministerialrat Dr. Beyer. Zu Kaufung Stellung von Aufgaben und Dispositionen.

Gesundheit des Volkes.

Die Eröffnung der Reichsgesundheitswoche in Berlin.

Die Reichsgesundheitswoche, die der Belehrung über Gesundheitsfragen dienen soll, wurde in Berlin am gestrigen Sonntag mit einer Feier in der großen Universitätsaula eröffnet. Unter den Gästen Vertreter der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, der Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung und vieler anderer um die Förderung der Volksgesundheit sich bemühenden Körperschaften und Verbände.

Der Vorsitzende des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung, Geheimrat Regierungsrat Dr. Hamel, Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern, hob in seiner Begrüßungsansprache hervor, daß die Veranstaltung dieser Reichsgesundheitswoche bei allen Berufsgruppen und Bevölkerungsschichten Unterstützung gefunden habe. Der eingeladene Reichspräsident Hindenburg war nicht gekommen, er wünschte aber in einer Dankantwort bestes Gelingen. Glückwünsche waren auch eingegangen aus England vom Komitee der englischen Gesundheitswoche und aus der Timesholloway von dortigen Deutschen. Reichsinnenminister Dr. Külz überbrachte Grüße der Regierung und des durch seine Münchener Reise am Erscheinung verhinderten Reichskanzlers Dr. Luther. Gesundheitsdienste am Volke habe als Pflicht gegen das Vaterland zu gelten, führte Dr. Külz aus. Gesundheit des Volkes sei das Kapital aller Kapitale, nach dessen Entwertung jetzt eine weit über 100 Proz. hinausgehende Aufwertung kommen müsse. Prof. Dr. Adam, Generaldirektor des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung, berichtete über die Organisation der Reichsgesundheitswoche. Die Anregung ging von den Krankenkassenverbänden aus, das Reichsministerium des Innern förderte den Plan, dem Reichsausschuss wurde die Durchführung übertragen, die örtlichen Veranstaltungen waren Sache der Gemeinden und der Versicherungsträger. Der Redner erwähnte, daß der Reichstag mit der von ihm beschlossenen Herabgabe von Mitteln für die zentrale Organisation einem Antrag des Abgeordneten Dr. Moses gefolgt ist. Ministerialdirektor Prof. Dr. Dietrich aus dem preussischen Wohlfahrtsministerium, Vorsitzender des preussischen Landesauschusses für hygienische Volksbelehrung, betonte die aufrüttelnde Wirkung, die von dieser im ganzen Reich veranstalteten Gesundheitswoche zu erwarten sei. Leider die Beeinträchtigung der Volksgesundheit durch wirtschaftliche Not, durch Mängel der Ernährung und Wohnung, allten alle diese Redner hinweg. Erst der Vertreter des Berliner Magistrats, Stadtmedizinalrat Prof. Dr. von Drigalski, sprach auch hierüber, aber den Wert hygienischer Belehrung möchte auch er nicht unterschätzen. Geheimrat Kommerzienrat Conrad von Borßig, der für die Arbeitgeberkreise sprach, forderte zum Wohl der Volkswirtschaft den Schutz der Gesundheit des Arbeiters durch Belehrung. Er sagte aber nichts von der Notwendigkeit, dem Arbeiter durch ausreichenden Lohn die Gesundheitsunterhaltung zu erleichtern. Was die Arbeitnehmer von der Gesundheitswoche erwarten, hob der Rentkollner Statthalter Kühn hervor. Um die hygienische Belehrung der Arbeiterkreise haben früher nur die Krankenkassen sich bemüht. Unter großen Schwierigkeiten haben sie eine Arbeit zu leisten vermocht, auf deren Wert jetzt die Reichsgesundheitswoche hinweisen will. Diese Veranstaltung müsse auch den Behörden ein Ansporn sein, die Fürsorgeeinrichtungen zur Förderung der Volksgesundheit und besonders zum Schutz des Nach-

wuchses auszubauen. Dr. Boywidi, Sanitätsrat der Arbeitergemeinschaft von Reichsversicherungsorganen Groß-Berlins, wies in einem Schlusswort darauf hin, daß die deutsche Sozialversicherung mit dem Gedanken der Krankheitsverhütung des Volksaufklärung eng verbunden sei.

Weiteren Kreisen der Bevölkerung wurde die Teilnahme an dieser Eröffnungsfeier durch den Rundfunk ermöglicht. Zu derselben Stunde fanden in vielen Städten des Deutschen Reiches ähnliche Eröffnungsfeiern statt.

Anlässlich der offiziellen Programmveranstaltung der Reichsgesundheitswoche in der Aula der Universität hatten sich eine Anzahl Sportvereine zu einer Demonstration am Museum im Lustgarten eingefunden. Der erste Redner war Stadtmedizinalrat Prof. Dr. von Drigalski, der auf den gesundheitlichen Wert des Sportes hinwies und bekanntgab, daß die Stadt Wanderpreise ausgesetzt habe. Prof. Heinrich, der Vertreter der bürgerlichen Sportverbände, sprach einige Worte, worauf die Anwesenden das Deutschlandlied anstimmten. Der Besuch war sehr mäßig. Neben 300 Sportlern mögen sich 700 bis 800 Zuhörer eingefunden haben. Nach Abbruch der Rundgebung formierten sich einige kleinere Züge, die die Straßen der Stadt durchzogen. In irgendwelchen Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Von Journalisten und Freilichtphotographen wurde über eine ungewöhnlich scharfe polizeiliche Absperrung sowie über wenig zuordentliches Verhalten einiger Polizeibeamten Klage geführt. — Die Sport- und Rundgebung im Friedrichshain, die im Rahmen der Reichsgesundheitswoche einen Aufmarsch der Arbeitersportler bringen sollte, war von den Kommunisten zu einer Heilung gegen die Reichsgesundheitswoche umgewandelt. Die Reden der meist kommunistischen Abgeordneten sprachen wohl von den Diktatorgelüsten der Kommunisten, nur nicht über Sport. Besonders radikal gebärdete sich die Kommunistin Wolffstein, deren Rede eine wüste Schimpferei gegen die Bestrebungen der Reichsgesundheitswoche war. Nach dieser Rundgebung zog die kommunistischen Sportler und der rote Frontbund zum Humboldtshain, um hier eine neue Gegenrundgebung zu veranstalten.

Ein Sonntag der Selbstmorde.

Gestern wurde die Reichsgesundheitswoche eröffnet. Sie will ja grundsätzlich dazu beitragen, daß die Menschen gesund und glücklich durch das Leben schreiten. Im trübseligen Gegenlicht zu diesem Wollen aber steht die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche, die die Lokalkronik des gestrigen Sonntages zu verzeichnen hat. Krankheit, Arbeitslosigkeit, Liebeskummer werden in dünnem Durcheinander als Motive dieser Taten genannt. Sicherlich ist die seelische Widerstandsfähigkeit vieler Menschen in der heutigen Zeit außerordentlich vermindert. Solange es nicht gelingt, die sozialen Verhältnisse praktisch zu bessern, solange wird es nur zu viele Menschen geben, die bereit sind, das Leben wegzuerwerfen, anstatt mit ihm zu kämpfen und zu ringen. Eine Reichsgesundheitswoche mag ein guter Anschauungsunterricht sein, praktische Arbeit aber, die offen Menschen die Möglichkeit zum Leben und Schaffen gibt, ist unsäglich viel mehr.

Dabei brachten einige Redner zum Ausdruck, daß diese Maßnahme eine Aktion gegen die Jungsozialistenbewegung sei.

Oßenhauer betonte, die Erhöhung der Altersgrenze bedeute die Sanktionierung eines bestehenden Zustandes. Es komme aber auch darauf an, für die Älteren eine politische Erziehungsarbeit zu leisten, die jetzt in der Jungsozialistenbewegung nicht garantiert wird.

Ein Antrag Mecklenburg-Vorpommern, alljährlich eine Reichswerkwoche zu veranstalten, wurde einstimmig angenommen, alle Anträge, die die Zeitschrift betreffen, wurden dem Hauptvorstand überwiesen. Die Haltung des Hauptvorstandes und der Internationale zur Frage der Auslanddelegationen wurde gebilligt. Die Herausforderung der Altersgrenze auf 20 Jahre wurde mit großer Mehrheit beschlossen, dabei aber betont, daß dieser Beschluß keine Ablehnung der Jungsozialistenbewegung bedeutet.

Nach Annahme einiger anderer Anträge folgte ein Referat des Parteivorstandes Genossen Hermann Müller-Franken über das Thema:

„Der Kampf um den Sozialismus in Deutschland und die Jugend.“

Er gab einen geschichtlichen Rückblick auf das Werden und Wachsen der Sozialdemokratie in Deutschland und betonte, daß trotz aller Erfolge des Sozialismus der Weg zu unserem Endziel noch ein langwieriger und steiniger sei. Wir können heute nicht sagen, wie lange wir noch arbeiten und kämpfen müssen. In der fast zwei Jahrzehnte langen Periode des Kampfes um den Sozialismus ist uns eins jedoch klar geworden: der Kapitalismus blieb nicht auf dem Standpunkt der 60er und 70er Jahre stehen, sondern verstand es, sich neuen Lagen anzupassen. Der Redner erläuterte dann in großen Umriß die westöstliche Lage, so wie sie durch den großen Krieg geworden ist. Die wirtschaftliche Konfession Amerikas, das Erwachen der nationalen Bewegungen Chinas und Indiens zwingen die europäischen Völker zur internationalen Verständigung, zwingen aber auch den Kapitalismus zu starker Konzentration. Beispiele hierfür sind der Stahl- und die Vertiefung der chemischen Industrie. Da entsteht die Frage, ob der europäische Kapitalismus amerikanische Formen annehmen könnte. Bei dem größten Einfluß der Sozialisten in Europa auf das Staatsleben ist das gar nicht zu erwarten. Der Sozialismus steht dem Amerikanismus entgegen. Das lehrt aber auch, daß es noch viel mehr als bisher gilt, die Beschleunigung der Staaten für die Interessen des Proletariats auszunutzen. Für diese Aufgaben muß die Jugend frühzeitig vorbereitet werden, denn

in der Demokratie sind wir der Staat.

Je mehr wir uns darum kümmern, je besser wird es werden. Für die Erreichung unseres Zieles brauchen wir aber noch viel mehr Menschen, die an allen Stellen im Staate in unserem Sinne wirken. Die Jugend muß herangebildet werden, um mitzuheben, die Last der Bedrückungen abzuwenden und mit Glauben und Begeisterung um das Ändel zu kämpfen.

Am Sonntag morgen wurde zunächst über die Neuregelung der Beitragsfrage verhandelt. Ein vorliegender Vorschlag, der einen Mindestbeitrag von 40 Pf. im Monat vorsah, bewilligt dem Hauptvorstand davon 3 Pf. Das Eintrittsgeld wurde auf 20 Pf. festgelegt, wovon für kostenlose Lieferung von Mitteilungsblättern um 10 Pf. abgeführt werden müssen. Mit großer Mehrheit wurde dem Vorschlag zugestimmt, so daß die restlichen Anträge sofort erledigt werden konnten. Von diesen ist erwähnenswert eine Aufforderung an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die Herausforderung des Wahltäters abzulehnen, und eine Stellungnahme gegen den Entwurf eines Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schand.

Die Wahlen zum Hauptvorstand

erfolgten einmütig. Es wurden gewählt Westphal, Diederich, Batur, Fröhbrodt, Zuchacz, H. Schulz, Bactels und Lohmann (Berlin), außerdem Schröder-Leipzig, Jesse-Rastatt, Hofmann-Dortmund und Epilog-Stuttgart. Zum Revisor wurde gewählt Rosenbergs-Bielefeld. Als Delegierte zum Internationalen Jugendkongress in Amsterdam wurden Westphal, Albrecht, Fröhbrodt-Berlin, Schröder-Leipzig, Wahmann-Bremen, Reich-Nürnberg, Gnos-Hamburg und Kunze-Dresden bestimmt.

Der Verbandsvorsitzende Max Westphal hielt dann ein Referat über die

Aufgaben in der sozialistischen Jugendinternationale.

Seine Ausführungen waren gewissermaßen eine Vorstudie auf die Pfingsttagung in Amsterdam. Nach der Einigung der Jugendinternationale in Hamburg hat ein einheitlicher Wille die Arbeiten der Internationale bestimmt. In den Vordergrund aller Aufgaben rückt der Kampf um den Frieden. Auf internationalen Kongressen der bürgerlichen Jugend, z. B. der katholischen und der demokratischen, hat die Friedensfrage ebenfalls eine Rolle gespielt. Von sprach dort den Wunsch aus, mit der sozialistischen Jugendinternationale eine engere Fühlung zu bekommen. Diese wird bereit sein, solche Beziehungen aufzunehmen, wenn es gewünscht wird. Dadurch wird eine Verbreiterung der Friedensfront erreicht. Das ist nötig, denn die sozialistische Jugendbewegung ist in vielen Ländern erst in den ersten Anfängen vorhanden, in anderen noch verhältnismäßig schwach. Die Bedeutung der Kulturarbeit ist in der Internationale nicht mehr umstritten. Wir sehen in verschiedenen Verbänden, welche Erfolge unsere Erziehungsarbeit an den jungen Mensch aufweist. Darüber hinaus gilt es an der Jugendwohlfahrt mitzuhelfen, was ja in Deutschland schon in erheblichem Umfang getan wird. Unter Aufsichthaltung der guten Beziehungen zu der politischen und gewerkschaftlichen Internationale wird die Förderung der sozialistischen Jugendbewegung in allen Ländern die wichtigste Aufgabe sein.

Mit anfeuernden Worten des 2. Vorsitzenden Schröder und dem Gehalt der Internationale wurde die Konferenz geschlossen. Am Nachmittag tagte in Hildesheim die Exekutive der sozialistischen Jugendinternationale, um die letzten Beratungen zum Internationalen Jugendtag Pfingsten in Amsterdam zu treffen.

Zum Sachsenstreit.

Die Außgeschlossenen rufen das Schiedsgericht an.

In der bürgerlichen Presse wird die Meldung verbreitet, daß die von den sächsischen Bezirksvorständen aus der Partei ausgeschlossene 23 Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion jetzt aus der Partei ausgetreten seien. In der Mitteilung ist kein wahres Wort. Die 23 Abgeordneten werden gemäß dem Wunsch des Parteivorstandes genau so wie die Fraktionsminderheit zu dem am Dienstag in Berlin stattfindenden Parteiausgleichung einen Vertreter entsenden.

Wie die Sozialdemokratische Presse nicht aus zuverlässiger Quelle erfährt, werden die 23 Abgeordneten gegen ihren Ausschluß gemeinsam entsprechend dem Parteistatut das Schiedsgericht anrufen.

Minderheitslos. Im Deutschen Hause in Währisch-Dietrau sollte eine öffentliche Versammlung der deutsch-demokratischen Freiheitspartei stattfinden, zu der Prof. Dr. Rastatt-Prag sprechen sollte. Zu dieser Versammlung waren auch tschechische Teilnehmer erschienen, allem Anschein nach falschen, welche forderten, daß das Präsidium aus ihren Reihen gebildet werde. Als der Einberufer dies ablehnte, erhob sich solcher Lärm, daß der Einberufer die Versammlung aufheben mußte.

Zwei Familientragödien in der Adalbertstraße.

Hysterie und Alkohol.

Durch einen Beißhieb wurde gestern nachmittag der 34jährige Fahrstuhlführer Ernst Lehmann in der Adalbertstr. 9 von seiner Frau schwer verletzt.

Frau Lehmann geb. Bente vermittelte Rümer, eine Frau von 30 Jahren, ist schon lange stark hysterisch. Sie wurde oft von Wutanfällen ergriffen und ging dann gegen ihren Mann tätlich vor. Dieser zog deshalb vor einiger Zeit von ihr weg, blieb aber in der Adalbertstraße gemeldet. Trotz des Zwistes beabsichtigte das Ehepaar, gemeinsam in Fiedersdorf ein Stück Land zu kaufen. Zur Besichtigung fuhr es gestern vormittag nach Fiedersdorf hinaus. Nach Berlin zurückgekehrt, lud Frau Lehmann ihren Mann zum Mittagessen nach ihrer Wohnung ein. Während des Essens in der Küche bekam die Frau plötzlich wieder einen Wutanfall, für den Lehmann keine Erklärung hat. Sie ergriff ein Beil und versetzte dem Manne mit der Schneide einen Hieb über den Kopf. Die Verletzung schien zunächst ungefährlich zu sein. Lehmann nahm mit Rücksicht auf den krankhaften Zustand seiner Frau von einer Anzeige Abstand. Nach einigen Stunden aber fühlte er sich so schrecklich, daß er sich veranlaßt sah, des Krankenhauses Bethanien aufzusuchen. Hier stellte der Arzt fest, daß der Hieb eine Knochenzerrspaltung der Schädeldecke herbeigeführt hatte. Der Verletzte mußte sofort operiert werden und liegt jetzt bedenklich daneben. Er kann noch nicht perennieren werden. Nach seinem Weggang ließ Frau Lehmann nach der Revisorin und teilte unter Herz- und Schreckkrämpfen mit, was vorgefallen war. Sie mußte nach der Charité gebracht werden. — Abends gab es wiederum in der Adalbertstraße, in dem Haus Nr. 68, das dem anderen schräg gegenüber liegt, eine große Aufregung. Hier wohnt der Chauffeur Karl Pietrowski mit seiner Frau und seinem 3 Jahre alten Kinde. Pietrowski kam abends betrunken nach Hause und schrie, als seine Frau ihm Vorhaltungen machte: „Ich gebe kein Aufkand; heute muß noch Blut fließen!“ Dabei zog er sein Taschenmesser und stürzte sich auf das Kind. Die Frau warf sich dazwischen und erhielt einige Stiche in den Oberarm, während das Kind mit einigen leichten Schrammen davonskam. Auf die Hysterie der Frau eilten Nachbarn herbei, die dann die Polizei holten. Pietrowski, dem die Frau inzwischen das Messer entwendet hatte, wurde von den Beamten festgenommen und nach der Wache gebracht.

Eine unglaubliche Roheit.

Ein Pferd mit Benzin übergossen und angezündet.

Den Gipfel der Roheit erreicht sicherlich eine Brandstiftung, die im Oktober v. J. in Hohenschönhausen verübt und jetzt von der Kriminalpolizei aufgeklärt wurde. Am Waldower Weg 18 steht ein kleines Haus mit einer Bäckerei, das an ein Mühlengrundstück angrenzt und auch dem Besitzer der Mühle gehört. Die Bäckerei wurde seit längerer Zeit von einem Bäckereimeister Platon betrieben.

In der Nachbarschaft des Grundstückes und auch in der Mühle selbst wurden wiederholt kleinere Diebstähle an Sägen, Hühnern, Koggen usw. verübt. Im Oktober v. J. brannte der Stall der Bäckerei nieder. Ein altes Pferd erlitt so schwere Brandwunden, daß es nur noch zwei Stunden lebte. Ein Übergreifen des Feuers auf die großen Ställen der Mühle wurde von der Feuerwehrt mit Mühe verhindert. Dieser Brand und die sorglosesten Diebstähle fanden jetzt eine überraschende Aufklärung. Platon hatte seit April v. J. einen 19 Jahre alten Gefellen Richard Kramm, den er ebenso mißhandelt wie seine eigene Frau. Dieser Gefelle verübte die Diebstähle und auch die Brandstiftung. Wenn er sich weigerte, die Diebstähle, zu denen Platon ihn anstiftete, auszuführen, so erhielt er Prügel. Trotzdem wollte er die Stelle nicht aufgeben, weil er sich in die Tochter des Meisters verliebt hatte. Platon veranlaßte ihn auch, im Oktober den Stall anzuzünden. Um aus dem alten Pferd, das darin stand, aber nicht mehr brauchbar war, noch Geld herauszuschlagen, wollte er es verbrennen lassen, nachdem er es für 500 M. versichert hatte. Kramm mußte den Stall säubern, frisches Stroh hineintragen, damit er besser brannte und das Pferd ganz mit Benzin

übergossen. Dann steckte er das Stroh an. Das Tier verendete unter großen Qualen. Platon erhielt die Versicherungssumme, und über den Brand war bereits Gros gemacht, als jetzt durch die Aufklärung der Diebstähle auch seine wahre Ursache ans Licht kam. Der Meister und sein Gefelle wurden verhaftet, ebenso die Tochter Platons. Alle drei wurden vom Untersuchungsrichter auch in Haft gehalten. Kramm legte ein unlaßliches Geständnis ab, das auch von der Tochter des Meisters bestätigt wurde. Nur behauptet diese, daß der Gefelle aus freien Stücken das Feuer angelegt und das Benzin aus dem Tank des Motorrades ihres Vaters entnommen habe. Platon gibt die Anstiftung zu den Diebstählen zu, will aber von der Brandstiftung und dem Versicherungsbetrug nichts wissen.

Zusammenstöße mit der Polizei.

Das Opfer eines leichtfertigen Polizeischißens.

In der letzten Zeit kam es wiederholt vor, daß Bekannte im Kleinen Tiergarten und in der Turmstraße von jungen Burken belästigt oder gar überfallen wurden. Die Polizei wandte daher diesem Stadtviertel eine erhöhte Aufmerksamkeit zu. In der Nacht zu Sonntag ereignete sich abermals ein deraartiger Zusammenstoß, der ein Menschenleben kostete. Gegen 2 1/2 Uhr kamen drei junge Leute durch den Kleinen Tiergarten. Plötzlich wurden die Ahnungslosen von einer Rote von acht jungen Burken überfallen und schwer mißhandelt, so daß ihnen nichts weiter übrig blieb, als zu flüchten. Sie meldeten den Vorfall einer Polizeistelle, und die Beamten nahmen sofort die Verfolgung der Rowdys auf. Die Burken hatten inzwischen ebenfalls das Weite gesucht, wurden aber von den Beamten an der Ecke der Turm- und Bandelstraße erreicht und durch Anruf zum Stehen aufgefordert. Sie beachteten jedoch die Aufforderung nicht, und einer von ihnen griff in die Taschentasse, wie um eine Waffe herauszuholen. Als er dem Zuruf eines Beamten, die Hände zu erheben, nicht Folge leistete, gab der Beamte einen Schuß ab. Niemand schien getroffen zu sein, denn die ganze Gesellschaft flüchtete weiter und entkam in der Dunkelheit. Bei einer nachmaligen Streife fanden die Beamten aber an der Ecke der Dresde- und Bandelstraße einen jungen Mann betingungslos auf dem Bürgersteig liegen. Sie brachten ihn sofort nach dem Krankenhauses Wobbit, wo er jedoch an den Folgen eines Kopfschusses starb. Er wurde ermittelt als ein 19 Jahre alter Arbeiturburke Willi Müglich aus der Bandelstr. 17 und gehörte wohl zu denen, die die drei jungen Leute zuerst überfallen hatten.

Schon nach der Darstellung dieser Polizeikorrespondenz kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Polizeibeamte sehr leichtfertig den tödlichen Schuß abgegeben hat. Die Polizei soll die Schusswaffe bekanntlich nur in der Notwehr gebrauchen und Beamte, die durch eine Handbewegung völlig die Nerven verlieren und draußlos knallen, eignen sich nicht für den verantwortungsvollen Streifendienst in den Straßen der Großstadt. Was geschieht mit dem Schützen, der so leichtfertig das Leben eines anderen seiner Angstschloße opfert?

Voccaccio im Rundfunk.

Nach und nach bringt der Rundfunk, sicher zur Freude der meisten Hörer, sämtliche Werke Voccaccios auf die Sendebühne. In diesem Sonntag war der „Voccaccio“ an der Reihe. Das für die Rundfunkhörer nicht immer leicht verständliche Textbuch der Operette, das von Cornelius Bronsgeest allerdings schon geschickt für die Sendebühne eingerichtet worden war, findet in dieser auch dem Vater unheimlichstiller Musik seine beste Verdeutschung. Man bestätigt dem Rundfunk daher gern, daß die Wahl seiner Sonntagsgesangsstücke einem breiten Hörerkreis amgemessen war, was für die Sonntage von Wichtigkeit ist. Selmar Wengrowitz schwang den Dirigentenstab in dankens- und lobenswerter Weise, die Besetzung der Rollen war gut, wenn auch nur der Rundfunk wirklich tadellos klappte und man bei einzelnen Stellen anfangs auf den Gehöranten kommen mußte, daß diesmal an Proben gespart worden sei. Eine deutliche Unsicherheit machte sich vor allem mehrfach bei den Einsätzen bemerkbar und ließ erst im zweiten Teil nach. So kann man immerhin sagen: Ende gut, alles gut.

